

HAUSHALT 2011 ERFÜLLT VORGABEN DER SCHULDENBREMSE

## Konsolidieren und Zukunft gestalten

Die christlich-liberale Koalition hält die Schuldenbremse ein. Die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen konnten die Nettokreditaufnahme gegenüber dem Haushaltsentwurf der Regierung sogar um 9,1 Milliarden Euro senken. Damit werden die grundgesetzlichen Vorgaben der Schuldenbremse übererfüllt: Die Neuverschuldung liegt nun mehr als vier Milliarden unter dem zulässigen Richtwert.

Trotz dieser notwendigen Konsolidierungsschritte blieb die christlich-liberale Koalition ihrem Ziel treu, nicht an der Zukunft, sondern für die Zukunft zu sparen. Daher beließen Union und FDP die Ausgaben für Bildung, Forschung und Investitionen auf hohem Niveau. Darüber hinaus setzte sich vor allem die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag für etliche gezielte Änderungen im Haushaltsplan ein. Mit diesen Einzelmaßnahmen setzt die Regierungskoalition wichtige Signale für weiteres Wachstum, zusätzliche Beschäftigung und die soziale Balance in Deutschland.

### Mehr Mittel für Städtebau und regionale Wirtschaftsförderung

So erhöhte das Parlament etwa die Mittel für die Städtebauförderung gegenüber dem Regierungsentwurf um 150 Millionen Euro. Diese Mittel werden in die Entwicklung der Städte und Gemeinden investiert; darunter fällt die Stärkung historischer Ortskerne genauso wie Maßnahmen zur Integrationsförderung. Die Förderung orientiert sich dabei weder an Größe oder Lage der Gemeinden, sondern einzig am tatsächlichen Bedarf. Auch die Mittel für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur wurden auf Initiative der CSU im Deutschen Bundestag erhöht. Von den zusätzlichen zehn Millionen Euro in diesem Bereich profitieren vor allem die strukturschwächeren Gebiete in Bayern. Dieses Programm fördert gewerbliche und Investitionen in die wirtschaftsnahe Infrastruktur der Kommunen. Somit werden wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen und gesichert; auch die Einkommenssituation in strukturschwachen Regionen verbessert sich dadurch.

### CSU-Landesgruppe für Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Neben diesen wichtigen Programmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung verbesserten die Abgeordneten der Koalition auch die Rahmenbedingungen für Sozialprogramme. So stellten sie weitere 188 Millionen Euro zur Verfügung, die nun als zusätzliches Wohngeld bereitstehen. Während diese Maßnahme vor allem den Menschen in Ballungsräumen zu Gute kommt, kämpfte die CSU im Deutschen Bundestag auch für die Landwirtschaftliche Sozialversicherung: Die Zuschüsse in dieses wichtige Sicherungssystem für bäuerliche Unternehmer und ihre Familien bleibt dank des Einsatzes der Christsozialen konstant.

Gleichzeitig machten es die Abgeordneten möglich, dass das Elterngeld für Aufstocker und Minijobber erhalten bleibt. Damit setzt die christlich-liberale Koalition ein wichtiges Zeichen dafür, dass sich Leistung lohnt.

WELTFREMD ODER GEFÄHRLICH?

## Zwischen Straßenschlacht und Enteignung

Harter Schlag für die Grünen: Auf ihrem Bundesparteitag vom vergangenen Wochenende haben sich die Fundamentalisten in vielen Fragen durchgesetzt. Der Weg der Partei ist damit vorgezeichnet: Statt verantwortungsvoller Politik wird sie weiter Straßenschlachten und Enteignungs-Phantasmen kultivieren. Immer deutlicher wird, dass sich nur Vermögende eine grüne Regierungsbeteiligung leisten können. Nach dem Willen der Grünen soll die Mitte der Gesellschaft künftig noch stärker belastet werden, um linke Umverteilungsideologien zu finanzieren. So fordern die Grünen die Ausweitung der Gewerbesteuer auf alle Freiberufler, eine Anhebung des Spitzensteuersatzes und den Abbau des Ehegattensplittings.

### Der Mittelstand kann sich die Grünen nicht leisten

Damit nähert sich die Öko-Partei immer stärker den Positionen der Linkspartei an. Eine solche Politik käme den Bürgerinnen und Bürgern jedoch sehr teuer. Die Grünen machen keine Politik für den kleinen Mann; vielmehr können es sich nur noch Spitzenverdiener und Hartz-IV-Empfänger leisten, ihr Kreuz bei der Öko-Partei zu machen. So fordern die Grünen ein Ende der kostenlosen Mitversicherung von nicht berufstätigen Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung. Eine solche Regelung wäre nicht nur verfassungsrechtlich bedenklich, sondern würde die Familien in Deutschland auch mit Zusatzkosten in Milliardenhöhe belasten. Da die Grünen auch die Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung anheben wollen, müssten Arbeitnehmer mit zusätzlichen Versicherungsbeiträgen in Höhe von bis zu 1000 Euro pro Jahr rechnen.

### Familienfeindliche Politik bei Gesundheit und Steuern

Auch das Energiekonzept der Grünen überzeugt nicht. Sie versprechen eine hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2030, verschweigen aber, was dies für die Entwicklung des Strompreises bedeuten würde. Auch bei der Gebäudesanierung versprochen die Grünen milliardenschwere Förderpakete, ohne deren Gegenfinanzierung auch nur im Ansatz behandelt zu haben. Konkret werden die Neo-Spontis nur an einer Stelle: Immobilienbesitzer sollen zur energetischen Sanierung ihrer Häuser und Wohnungen gezwungen werden – auch wenn die Kosten der Arbeiten den Immobilienwert übersteigen. In der Konsequenz führt diese Politik zur Enteignung der Haus- und Wohnungseigentümer.

Aus ihrer nationalen Verantwortung stahlen sich die Grünen auch beim Thema Olympia. Die Winterspiele 2018 sollen nach ihrem Willen nun doch nicht in München stattfinden. Diese Entscheidung steht in der Tradition grüner Gegnerschaft zu wichtigen, international beachteten Projekten in Deutschland. Dazu schrieb der Münchener SPD-Bürgermeister Ude kürzlich im „Münchner Merkur“: „Ich bestreite schlichtweg, dass sich das Nein der Grünen stets auf den Volkswillen stützen kann. Für München wäre das grüne Nein zur Neuen Messe ein Desaster gewesen, wenn es nicht von Rot-Schwarz überstimmt worden wäre wie das grüne Nein zum Flughafen. Das wissen auch die Grünen, die in der Messe Großveranstaltungen zur Solartechnik eröffnen und am Flughafen zu Reisen in die Dritte Welt starten.“